

Pressemitteilung

Bündnis-Vorstandsmitglied Jörg Jordan kritisiert Sigmar Gabriel: „Auch der Umweltminister sollte sozialdemokratische Parteitagebeschlüsse achten!“

Mainz / Wiesbaden, 16.03.2009: „Es ist schade, dass sich der sozialdemokratische Umweltminister bei seinem KMW-Besuch nicht an der sozialdemokratischen Beschlusslage zu Kohlekraftwerken orientiert hat. Sonst hätte er deutlich gegen das geplante Mainzer Importkohlekraftwerk Stellung nehmen müssen“ kritisiert Bündnisvorstand Jörg Jordan, früherer hessischer Staatsminister und Ehrenbürger der Landeshauptstadt Wiesbaden, dort auch mehrfach SPD-Vorsitzender, den Auftritt Sigmar Gabriels bei der KMW am 13.03.09.

„Die SPD-Parteitagebeschlüsse zur Umwelt- und Energiepolitik sollten von einem sozialdemokratischen Umweltminister auch bei Wahlkampfbesuchen in einem Kraftwerk beachtet werden“, forderte Jordan, der für die Wiesbadener SPD dem Bündnisvorstand angehört. „Die SPD will mehr als nur die Beachtung der EU-Emissionshandels-Richtlinie. Nach den auf dem Hamburger Bundesparteitag im Dezember 2006 unter dem Parteivorsitz Kurt Becks ausdrücklich für solche Projekte beschlossenen Bedingungen könnte das Mainzer Projekt unabhängig vom Emissionshandel nicht verwirklicht werden. Deswegen beteiligen sich die Sozialdemokraten, die die sozialdemokratische Idee einer an den Interessen der Menschen orientierten Umwelt- und Energiepolitik ernst nehmen, am Kampf gegen dieses Mainzer Projekt und auch am ‚Bündnis für eine kohlekraftwerksfreie Region‘.“

„Nach der gültigen Beschlusslage akzeptiert die SPD neue Kohlekraftwerke nur dann, wenn die gesamte Leistung tatsächlich für Kraft-Wärmekopplung genutzt wird und dadurch vor Ort ältere, umweltbelastende Dreckschleudern ersetzt werden können. Dies ist aber in Mainz nicht der Fall, denn hier soll bekanntlich ein erst 2001 fertig gestelltes hochmodernes, viel effizienteres und halb so klimaschädliches GuD-Gaskraftwerk durch einen doppelt so großen Kohlemeiler ersetzt werden.

Es ist ein schlechter Witz, wenn ausgerechnet der Bundesumweltminister unserer Partei solche Beschlüsse einfach ‚vergisst‘, sobald er auf einer Lobby-Veranstaltung eines Kraftwerksbetreibers redet. Tritt er dagegen bei ‚Kerner‘ im ZDF auf, wie am Donnerstag Abend zu sehen, so wirbt er für Lichtblick-Ökostrom und lässt sich zitieren: „Im Kampf gegen die Wirtschaftskrise muss in Klimaschutz investiert werden!“ Hinzu kommt, dass die ökonomische Grundidee des Mainzer Importkohlekraftwerkprojektes unter sozialdemokratischen Wertvorstellungen eine wahre Schande sei, nämlich Profit für den Mainzer Stadtsäckel zu schaffen, der durch die Hungerlöhne der Bergleute der Dritten Welt, beispielsweise in Kolumbien, erwirtschaftet werden soll, und darauf zu hoffen, dass dieses Ausbeutungselend zur Wahrung billiger Importkohlepreise möglichst noch Jahrzehnte andauert.“

Jordan führt weiter aus: „Wer allen Ernstes sagt, in Deutschland gebe es Verschmutzungsspielraum für 6 bis 8 Kohlekraftwerke, und da seien ihm alle gleich recht, wenn sie sich ökonomisch nur rechneten, sollte eigentlich aufhören, pathetische Reden über Klimaziele zu führen und zu versuchen, als Pate für bedrohte Eisbären Sympathiepunkte zu sammeln. Sigmar Gabriel hätte als Sozialdemokrat und Umweltpolitiker allen Anlass gehabt, sich - wie sein Parlamentarischer Staatssekretär Michael Müller - von dem Mainzer Importkohlekraftwerk zu distanzieren. Dass er es stattdessen mit seiner Rede bei der KMW unterstützt hat, ist für Sozialdemokraten, die die Programmatik und die zur Klima-, Umwelt- und Energiepolitik gefassten Beschlüsse ihrer Partei ernst nehmen, ziemlich unerträglich.

Vielleicht wäre er mit einer solchen Haltung besser das geblieben, was er vorher war, nämlich Fachmann der SPD-Bundestagsfraktion für Fragen der leichten Muse, sog. „Pop-politischer Sprecher der SPD-Fraktion“.

Der SPD-Politiker abschließend: „In dieser Frage müssen Grundüberzeugungen vorgehen. Ich bin daher entschlossen, gemeinsam mit dem überparteilichen Bündnis, wenn nötig auch auf dem Klageweg, das Projekt zu verhindern und wenigstens auf diesem Wege für die Einhaltung unserer Beschlüsse zu sorgen!“